

Öffentliche Bekanntmachung des Amtes für Bürgerservice und Brandschutz, Bereich Einwohnermeldewesen

Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr

Die Meldebehörde darf gemäß § 36 Absatz 2 Satz 1 des Bundesmeldegesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. S. 1084) in der aktuell gültigen Fassung (BMG) i. V. m. § 58c Absatz 1 Satz 1 des Soldatengesetzes (SG) bis zum 31. März eines Jahres zu Personen, die im darauffolgenden Jahr volljährig werden, Auskunft erteilen über:

1. Familienname,
2. Vornamen,
3. gegenwärtige Anschriften.

Die übermittelten Daten dürfen nur für die Übersendung von Informationsmaterial nach § 58 c Abs. 2 SG verwendet werden.

Bei einem Widerspruch werden die Daten nicht übermittelt. Der Widerspruch ist bei allen Meldebehörden, bei denen die betroffene Person gemeldet ist, einzulegen. Er gilt bis zu seinem Widerruf.

Sie haben gemäß § 36 Absatz 2 BMG das Recht, der Datenübermittlung nach § 50 Absatz 3 BMG an das Bundesamt widersprechen zu können.

Einer Datenweitergabe können Sie formlos schriftlich widersprechen. Ein vorformuliertes Antragsformular auf Einrichtung einer Übermittlungssperre finden Sie auch auf der Internetseite www.greifswald.de. Ein einmal eingetragener Widerspruch bleibt bis zum Widerruf bestehen.

Widersprüche richten Sie bitte an folgende Anschrift:

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Der Oberbürgermeister
Amt für Bürgerservice und Brandschutz
Einwohnermeldewesen
Postfach 3153
17461 Greifswald

Steffen Winckler
Amtsleiter